

Bremen, 12. Dezember 2014  
☎ 0421/3 50 18-0

Liebe Mitglieder von attac,

wir teilen viele der von euch dargelegten Befürchtungen und verfolgen die TTIP-Verhandlungen mit größter Aufmerksamkeit.

Dabei liegen uns die Sozialstandards und die öffentliche Daseinsvorsorge besonders am Herzen. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass es hier nicht zu einer Absenkung der europäischen Standards kommt. Insbesondere in Bezug auf die Arbeits- und Umweltstandards muss es Verbindlichkeit geben. Die europäischen Arbeitsstandards müssen das Mindestmaß und die Verhandlungsbasis für ein Transatlantisches Handelsabkommen sein. Die US-amerikanische Negation von gewerkschaftlichem Handeln, der Wirtschaftsliberalismus – gerade im Umgang mit großen Unternehmen – all das hat in Europa keinen Platz. TTIP braucht verbindliche und vor allem einklagbare Arbeits- und Umweltstandards.

Ebenso darf es keinen Liberalisierungszwang im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge geben. Auch wenn es in einzelnen Feldern in den vergangenen Jahren zur Privatisierung einzelner Aufgaben gekommen ist, muss es ohne Erschwernisse durch ein Handels- und Investitionsabkommen möglich bleiben, diese Aufgaben zu rekommunalisieren, sollten neue politische Mehrheiten dies wünschen.

Darüber hinaus ist aus Sicht der Bremer SPD ein Abkommen, das private Schiedsgerichte zur Beilegung möglicher Streitigkeiten vorsieht, nicht zustimmungsfähig. In diesem Zusammenhang möchten wir nochmal auf unseren Landesparteitagsbeschluss vom 21. Juni 2014, den Beschluss des Parteikonvents vom 20. September 2014 sowie den gemeinsamen am 21. Mai 2014 beschlossenen Bürgerschaftsantrag von SPD und Bündnis90/Die Grünen verweisen, die eine Zustimmung zu CETA und TTIP u. a. von einem Verzicht auf Schiedsgerichte abhängig machen.

../2

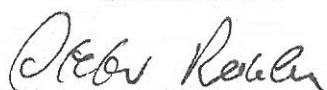
Durch den Druck der Öffentlichkeit und des Europäischen Parlaments auf die EU-Kommission und die nationalen Regierungen, nehmen die Sorgen der Bevölkerung in der Debatte mittlerweile einen größeren Raum ein und auch die Transparenz wurde verbessert. So findet neben der Veröffentlichung des TTIP-Verhandlungsmandats und der Zugänglichkeit der Verhandlungsdokumente, auch ein vermehrter Austausch bezüglich des CETA-Abkommens statt. Darüber hinaus wurde im Bundeswirtschaftsministerium unter Beteiligung von Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertretern, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden ein Beirat eingerichtet, der die Bundesregierung beraten und die Verhandlungen begleiten soll.

Das Abkommen mit Kanada, CETA, ist inzwischen weitgehend ausverhandelt. Aus unserer Sicht ist dieses nicht zustimmungsfähig, weil dort noch private Schiedsgerichte vorgesehen sind. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es hier noch zu Veränderungen kommt.

Allerdings teilen wir nicht die von euch geforderte Konsequenz, sofort die Verhandlungen mit den USA abzubrechen und CETA sofort zurückzuweisen. Viele der von euch aufgeführten Sorgen sind Konsequenzen der globalisierten Wirtschaft und treten nicht erst auf, wenn Freihandels- und Investitionsabkommen geschlossen werden. Die Globalisierung der Wirtschaft ist weitgehend irreversibel. Deswegen müssen wir unser Augenmerk darauf richten, die Weltwirtschaft über bilaterale und multilaterale Abkommen zu gestalten. TTIP und CETA können in dieser Hinsicht positive Wirkungen entfalten, aber natürlich nur, wenn sie entsprechend ausgestaltet sind. Dafür wird sich die Bremer SPD weiter einsetzen.

Um hier zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen, brauchen wir eine breite öffentliche Diskussion über die Gestaltung der Weltwirtschaft. Deswegen möchten wir euch für euer diesbezügliches Engagement danken und freuen uns auf einen kontinuierlichen und kritischen Dialog mit euch und anderen Kritikerinnen und Kritikern der Abkommen.

Mit freundlichen Grüßen



Dieter Reinken  
Landesvorsitzender



Sarah Ryglewski  
Stellvertretende Landesvorsitzende